

## Panik am Finanzmarkt

Wie ein gewaltiger Tsunami rast die Welle der Panik über alle Finanzmärkte der Welt und reisst sämtliche Aktientitel mit sich in die Tiefe. Keine Firma verschont die unheimliche Welle, auch wenn das Unternehmen auf noch so solidem Grund gebaut ist.

Die Aktionäre waren in den letzten Wochen und Tagen von Angst getrieben und haben ihre Papiere verkauft. Ebenso haben die Kleinsparer um ihre Einlagen gefürchtet und diese, falls bei einer Grossbank, von dort abgezogen und zu einer Raiffeisen- oder Kantonalbank (mit Staatsgarantie) transferiert. Auf die Frage des Reporters vom Fernsehen, was die Kantonalbanken mit dem grossen Geldzufluss machen, sagte der Sprecher der Zürcher Kantonalbank, dass sie momentan wegen der unsicheren Lage auf den Finanzmärkten keine Anlagemöglichkeiten sehen und darum das Geld im Tresor lagern. Dies mag den Bankkunden wohl beruhigen. Jedoch ist es ökonomisch nicht sinnvoll, da die Bank das Geld anlegen sollte, damit ein Ertrag erwirtschaftet werden kann, um die Unkosten der Bank zu finanzieren. Und dass mit dem Geldabfluss die Grossbanken geschwächt werden, ist wirklich desaströs, denn wenn grosse, global tätige Geldinstitute wie die UBS oder CS zu Grunde gingen, würde dies den Tsunami nochmals verstärken.

Warum reagieren die meisten Menschen momentan mit totaler Panik? Den Grund sehe ich darin, dass das Gros der Leute keine Ahnung hat vom Funktionieren der Finanzmärkte. Das Geld und das damit verbundene Finanzsystem sind für die Wirtschaft das A und O und daher das Wichtigste für das Funktionieren des weltweiten Handels.

Also sollten wenigstens noch einige Menschen einen kühlen Kopf bewahren und nicht dem Herdentrieb folgen. Zudem sollte endlich an den Schulen den Jugendlichen das Funktionieren einer Bank erklärt werden, damit sie wenigstens wissen, was mal mit ihrem Lohnkonto und ihren Ersparnissen geschieht.

Ronald Wild, Zollikon

## Konsequent weiterdenken

Im Zusammenhang mit den weltweiten Milliardenhilfspaketen für die leidende Finanzindustrie gilt es, konsequent wichtige Fährten des Weiterdenkens zu verfolgen. Noch nie in der Geschichte der Menschheit, ausser für Kriege, ist derart viel Geld aufgeworfen worden wie heute für die Finanzmärkte. Ist es nicht absurd, dass man noch nie derartig rasche, weltweit konzentrierte Staatsaktionen zugunsten von Umwelt, Friedenssicherung, Menschenrechte, soziale Sicherheit, für weltweite Bildungs-, Hunger- und Krankheitsprogramme dieser Welt gesehen hat? So schnelles Handeln ist man von der internationalen Politik nicht gewohnt. Die unsägliche Vorstellung der Finanztopleute verhindert in der Konsequenz mit den nun fehlenden staatlichen Mitteln, die wirklich bedrohlichen Probleme unserer Welt und Zeit weltweit anzugehen und zu lösen. Fatal diese Mechanik, für die wohl niemand hinstehen und Verantwortung übernehmen muss.

Roger E. Schärer, Herrliberg

## Senkung würde Situation verschärfen

Die AHV ist der bedeutendste Pfeiler der sozialen Vorsorge in der Schweiz. Deshalb sind die Sanierung und langfristige Sicherung der Sozialversicherung extrem wichtig. Schon ohne Senkung des Rentenalters ist dies eine grosse Herausforderung. Die mittelfristigen Finanzperspektiven sind alles andere als rosig. Die Senkung des AHV-Alters auf 62 Jahre würde die Situation in unverantwortlicher Weise verschärfen. Als Angehörige der jungen Generation bin ich nicht bereit, die «AHV mit 62» zu erwirtschaften, wenn ich keine Garantie für meine eigene AHV habe.

Bettina Thalmann, Wilen



Solide Banken braucht vor allem der Finanzplatz Schweiz – doch zu welchem Preis? (key)

## Geld kann Segen und Fluch sein

Seit Jahrzehnten leben die USA auf Pump. Die Haushalte und der Staat geben Geld aus, das sie gar nicht haben. Daneben werden viele Milliarden Dollar gehortet. Von wem? Von den Banken und vor allem von den Aktionären. Halbjährlich musste man Erfolgsbilanzen vorlegen für die gierige Aktienwelt. Wehe, es ist zu wenig, so wird das Kader ausgewechselt. Auch die UBS hat sich von dieser Gier unter Marcel Ospel anstecken lassen.

Als vor drei Jahren New Orleans fast ertrunken wäre, hat sich George Bush überhaupt nicht darum gekümmert. Auf Druck der Presse bequeme er sich widerwillig, den Leuten die Hände zu schütteln. Und er versprach den Hun-

dertausenden Flüchtlingen viel Geld für den Wiederaufbau. Doch den Worten folgten keine Taten. Jetzt aber zittern die Millionäre, und Bush bewegt sich im Eiltempo. 700 Milliarden Dollar sind unheimlich viel Geld, und ein Börsenguru der Wallstreet meinte, es reicht bei Weitem nicht. Wer bezahlt das? Die Aktionäre? Nein, der Steuerzahler. In dieser turbulenten Zeit, da viele Menschen Haus und Hof verloren haben in den USA, verstand es der reichste Amerikaner, Warren Buffett, sein Vermögen um 8 Milliarden auf 58 Milliarden aufzustocken. Da stimmt doch etwas nicht. Wo hört die Cleverness auf, und wo fängt der Diebstahl an?

J. D. Rockefeller war vor 130 Jahren

der reichste Mann der Welt. Geld war sein Leben. Mit 34 Jahren konnte er nur noch Zwieback essen und Milch trinken. Einige bangten um ihn. Doch dann gab er sein Leben in die Hände von Jesus Christus. Er war immer noch sagenhaft reich. Aber Geld war nicht mehr seine Mitte.

Er gab unglaublich viel Geld aus für wissenschaftliche und medizinische Forschung, ebenso für karitative pädagogische Hilfe. Und der Mann wurde 92 Jahre alt. Wir sehen also: Geld zu haben, ist keine Sünde. Aber was macht der Mensch mit seinem Vermögen? Es kann für viele ein Segen sein, aber in der eiskalten Ausbeutung zum Fluch werden.

Kurt Meyer, Pfäffikon

Forum

## Die Neuordnung des Weltmarkts

Raubtierkapitalismus mündet in mehr Etatismus, schreibt Barbara Schmid-Federer. Sie plädiert für eine soziale Marktwirtschaft.

Barbara Schmid-Federer\*

Nicht wenige Politiker haben ihr Modell einer Wirtschaftsordnung, ihre Wertvorstellungen und Zukunftsvisionen in einer Zeit eronnen, als Finanz und Wirtschaft florierten. Diese Epoche ist unter Umständen recht bald vorbei.

Das Banken- und Finanzwesen ist in Not. Sofortmassnahmen haben sich aufgedrängt – und wer nimmt sich die Zeit, langfristig zu denken? Die paar Unbequemlichkeiten, welche die Finanzkrise vorausgesagt hatten, werden heute ebenso wenig ernst genommen wie damals.

Staat soll stabilisieren

Vor dem Bundestag verkündete im Oktober die deutsche Kanzlerin, auf dem Spiel stehe das Vertrauen in das beste Wirtschafts- und Sozialmodell überhaupt: die Soziale Marktwirtschaft. Die Krise bestätigt Angela Merkel in ihrer Meinung, dass nur die soziale Marktwirtschaft, nicht aber die liberale, «freie», wenig menschenfreundliche und derzeit besonders krisenhafte Marktwirtschaft angelsächsischer Prägung eine Zukunft habe. Doch was bedeutet dies? Was genau ist die Soziale Marktwirtschaft?

Im Gegensatz zur liberalen Marktwirtschaft wird die soziale Marktwirtschaft nicht einfach sich selbst überlassen: Der Staat – respektive in einer glo-

balisierten Welt die Staatengemeinschaft – gibt Rahmenbedingungen vor und sorgt damit für mehr Stabilität. Aber nur starke politische Systeme schaffen das.

Die soziale Marktwirtschaft gründet auf denselben Elementen wie die freie Marktwirtschaft: Freie Preisbildung für Güter und Leistungen am Markt, Privatigentum an Produktionsmitteln, Gewinnstreben als Leistungsanreiz. Der Rechtsstaat gewährleistet «wirtschaftliche» Freiheitsrechte wie Gewerbe-, Konsum-, Vertrags-, Berufs- und Koalitionsfreiheit. Aber damit ist es nicht getan. Der Staat bürgt in der sozialen Marktwirtschaft dafür, dass sich im Wettbewerb zwar der Stärkere behauptet, aber der Schwächere nicht unter die Räder gerät. Er sorgt für einen Ausgleich zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Werten: soziale, ökologische, kulturelle, ethische Anliegen.

Global einen Rahmen setzen

Die deutsche Christdemokratie hat den Begriff der sozialen Marktwirtschaft geprägt, der sich bald fast europaweit durchsetzte. Ein entschiedener Verfechter der sozialen Marktwirtschaft ist beispielsweise der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker – auch er ein Christdemokrat. Juncker sieht die soziale Marktwirtschaft als Antwort auf den wilden Kapitalismus, der sich rücksichtslos am Menschen vorbeientwickelt habe: «Es wird so getan, als ob der Markt vieles, wenn nicht alles regeln könnte, und es wird so getan, als ob das Soziale die freie Entfaltung des Markts wesentlich beeinträchtigen würde. Nun bleibe ich bei der Überzeugung, dass der Markt allein, so notwendig er ist und so unverzichtbar



Barbara Schmid-Federer.

er ist, als solcher keine Solidarität produziert.» Auch in unserem Land gibt es Vertreter der sozialen Marktwirtschaft: Der Publizist Roger de Weck weist seit Jahren darauf hin, in der Globalisierung bestehe die Hauptaufgabe nun darin, auf internationaler Ebene starke politische Institutionen zu errichten, die der Weltwirtschaft einen vernünftigen Rahmen setzen; Einzelstaaten seien dieser Herkulesaufgabe nicht gewachsen.

Fataler Raubtierkapitalismus

Die CVP Schweiz plädiert für eine liberal-soziale Marktwirtschaft und eine nachhaltige Wirtschaft. Damit distanziert sie sich klar von der rein liberalen Marktwirtschaft, welche die Solidarität ausser Acht liess und jetzt an ihren Exzessen gescheitert ist. Die Finanzkrise ist ein Ausdruck davon, dass der Raubtierkapitalismus in noch mehr Etatismus mündet. Die CVP bekennt sich seit längerem zu einer möglichst liberalen Wirtschaftsordnung, betont aber stets, dass sie die soziale Komponente nicht vergesse. Die kleinteilige und deshalb mit gutem Grund auf Ausgleich der Interessen bedachte Schweiz vertritt vielleicht noch schlechter als andere Staaten eine Wirtschaft, die über Leichen geht.

\* Barbara Schmid-Federer (Männedorf) ist CVP-Nationalrätin.

## Ablenken von der Krise

Ist es richtig, dass der Staat nun alle Guthaben absichern soll, egal, welche grosse Risiken die Anleger zuvor eingingen? Ein isländischer Bankableger in der Schweiz lockte mit über der Norm liegenden Sparzinsen von 4 statt 0,5 Prozent. Wer diesem Angebot erlag, wollte wohl schlauer sein als der Rest der Anleger, welche ihr Geld den Schweizer Banken anvertrauten. Die Kaupthing-Bank hatte den Mund zu voll genommen und sich verschluckt. Der isländische Staat steht nun vor dem Bankrott, weil er für die Fehler der Bankmanager einstehen muss.

Wenn nun die Schweiz diese Gelder absichert, setzt der Staat falsche Zeichen! Dass in den letzten Jahren die ganze Gesellschaft Fehler gemacht hat, rechtfertigt nicht weitere Fehler. Wir selbst haben das Chaos angerichtet, wir alle waren bei der Party dabei! Die Anforderungen wurden immer mehr hochgeschraubt! Profitiert hat der Grossteil: Löhne, Steuereinnahmen, hohe Aktienkurse, was sich bei der Altersvorsorge positiv niederschlug. Konsum auf Pump war gesellschaftsfähig. Die alte Tugend «erst ansparen, dann kaufen» kam unter die Räder. Das System muss geändert werden, falsche Anreize müssen weggesperrt werden. Es reicht aber nicht, dass man nun alles anders machen will, aber nichts ändert.

Staatliche Fallschirme sollen nicht bereitgestellt werden. Gleichzeitig muss der Staat aber gewisse Sicherheit signalisieren. Sonst entsteht der Eindruck, dass Sparen wenig Sinn macht. Wenn es dann eng wird, kann ich ja beim Staat anklopfen. Das System Spritzkanne würde das Problem nicht lösen und vor allem zu viel kosten.

Dass ein Problem da ist, wissen wohl alle. Nun wird aber von den Medien das Ganze noch verstärkt. Darüber hinaus will die Zeitung mit den grossen Titeln, dass die Regierung öffentlich tagt und immer in erster Linie für die Presse da sein soll. Am liebsten möchte man wohl an den Sitzungen dabei sein. Die Medien müssen sich etwas zurücknehmen, weil bei dieser Krise vor allem das Psychologische wirkt. Der mediale Verstärker muss leiser gestellt werden. Ablenken ist alles, sagt der Stratege im Krieg.

Peter Schneider, Wädenswil

## Die Natur braucht einen Anwalt

Die Umweltorganisationen sind der Anwalt der Natur. Falls sich Bauherren nicht an die Gesetze halten und drohende Umweltsünden von den Behörden nicht gebremst werden, dann können Umweltschutzorganisationen dank des Verbandsbeschwerderechts Einsprache erheben. Entweder wird dann in Verhandlungen eine ökologische Verbesserung des Projekts erreicht oder es müssen Gerichte den Fall beurteilen. Im Jahr 2007 wurde in zwei Dritteln der Fälle den Umweltschutzorganisationen Recht gegeben. Dank Verhandlungen konnte in 76 Prozent der Fälle eine positive Veränderung erreicht werden. Im Vergleich dazu: Bei den privaten Einsprechern liegt die Erfolgsquote vor Gericht nur bei 18,6 Prozent.

Wenn die FDP ehrlich wäre, müsste sie eigentlich die Gesetze ändern, auf die sie sich die Umweltschutzorganisationen bei ihren Einsprachen beziehen. Dies tut sie aber nicht, sondern sie möchte ein Kontrollorgan abschaffen. Es darf nicht sein, dass unsere durch Mehrheitsbeschlüsse zu Stande gekommenen Gesetze durch lokale Volksabstimmungen ausser Kraft gesetzt werden können. Die meist ehrenamtlich arbeitenden Mitglieder von Umweltschutzorganisationen haben schon viele grosse Bausünden verhindert. Dieser Einsatz für die Natur wäre nicht mehr möglich, falls die Initiative angenommen würde.

Die Initiative des Zürcher Freisinns ist ein Schlag gegen die Natur. Sie zielt auf einzelne Umweltschutzorganisationen, schadet jedoch der Umwelt und der Schweizer Landschaft. Die Natur braucht einen Anwalt.

Werner Meier, Altendorf, Geschäftsführer WWF Schwyz